



## Fakt ist ...

Saarbrücken, 20.09.2015



### **Bemerkenswertes zu der MDR-Sendung „Fakt ist ... – Politik? Nein Danke!“ (14.09.2015) – eine kleine Analyse zum Umgang mit Fakten in "Fakt ist ..."**

Die Sendung ist nachzusehen z.B. unter: [http://www.mdr.de/mediathek/fernsehen/sendung575532\\_boxIndex-1\\_zc-51f8dc33\\_zs-2d7967f4.html](http://www.mdr.de/mediathek/fernsehen/sendung575532_boxIndex-1_zc-51f8dc33_zs-2d7967f4.html). Für die „Partei der Nichtwähler“ hatte Werner Peters die Einladung zur Teilnahme angenommen.

Eigentlich ist ja bereits die Überschrift dieser Sendung irreführend. Passender wäre vielleicht gewesen: „Diese Politik? Nein Danke!“ Oder: „Solche Wahlen? Nein Danke!“

Werner bringt es am Ende sehr gut auf den Punkt: Die Sendung hat zwar den Anspruch, die Unzufriedenheit der Bürger mit Politikern und Wahlen zum Thema zu machen – und immerhin kommen ja auch entsprechende Protestler deutlich zu Wort, ob im Straßeninterview oder per facebook-Zitat. Aber daran geht die ganze Debatte so gut wie völlig vorbei. Im Vordergrund vermitteln die Repräsentanten der etablierten Politik – Herr Steinecke, Frau Lorenz und Herr Reichel –, dass es ja eigentlich gar keinen Grund für Unzufriedenheit gibt. Man lehnt sich selbstgefällig zurück. Die Möglichkeiten von Wahl, Petition und Volksbegehren machen unsere Gesellschaft – in deren Augen – wohl zur nahezu perfekten Demokratie. Und die offenkundige Wahlverdrossenheit der Bevölkerung ist unter keinen Umständen als Hinweis auf einen Fehler im politischen System zu deuten. Vermutlich würde in solch einem Kreis noch nicht mal eine Wahlbeteiligung von 40 oder 30 % als Legitimationsproblem oder als Signal für ein Versagen der bestehenden Parteien-Demokratie wahrgenommen. Zweifellos bekämen die Wahlverdrossenen in diesem Fall jedoch erst recht empört vorgehalten, radikalen Kräften in die Hände zu arbeiten.

Mit Brecht könnte man sagen: Wäre es da nicht besser, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?

Bezeichnend, wie Stefan Bernschein von der Redaktion die facebook-Reaktionen kommentiert (ab ca. 8:10): *„Ja, und die Politikverdrossenheit, die nimmt wirklich teilweise ganz groteske Züge an, denn man konnte hier auch heute bei facebook immer wieder lesen, dass man sich gegenseitig dazu rät, einfach auch den Stimmzettel ungültig zu machen, um damit vermeintlich seinem Protest Ausdruck zu verleihen.“*

Was Bernschein für „groteske Züge“ hält, das ist der mit Bedacht gewählte Weg von z.B. einer Initiative, die sich „Gläserne Urne“ nennt (<http://www.mitmachen-ohne-mitzuspielen.de/>) oder einer Partei mit dem Namen „Nein!-Idee“ (<http://nein-idee.de/>). Sie wollen ganz bewusst das Verweigern von Wahlen öffentlich dokumentieren und auf die Absurditäten eines vermeintlich demokratischen Rituals hinweisen. Im Vergleich zu ihnen bringt

zwar die „Partei der Nichtwähler“ noch ein wenig mehr Optimismus auf: Dass sich nämlich mittels grundlegender Reformen sogar im System selbst die Weichen in Richtung einer Demokratie stellen ließen, die ihren Namen – „Volksherrschaft“ – durchaus verdient hätte. Gemeinsam ist uns jedoch eine fundamentale Kritik an den schein-demokratischen Verhältnissen in unserem Land und ihren katastrophalen Folgen für die Bevölkerungsmehrheit.

Stefan Bernschein führt aus – ohne konkreter zu werden (ab ca. 8:25): *„Und einige, das haben wir mehrfach gelesen, zweifeln sogar an der Richtigkeit der Umfrageergebnisse von Infratest Dimap und sprechen da sogar von Manipulation.“* Die Moderatorin greift Bernscheins Manipulations-Hinweis dann gerne auf und spitzt ihn weiter zu: *„Herr Reichel, repräsentatives Zahlenmaterial von einem seriösen Institut – also bei Infratest Dimap kann man durchaus von einem seriösen Institut sprechen – wird einfach negiert. Fakten haben offensichtlich überhaupt keine Relevanz mehr in einigen Fällen.“*

Hier lohnt es sich, einmal genauer hinzusehen: Knapp eine Minute zuvor (ab ca. 7:00) präsentiert Bernschein selbst ein Beispiel für Manipulation: *„Nur 45 % der Befragten äußerten sich zufrieden mit der jetzigen schwarz-roten Landesregierung unter Ministerpräsident Reiner Haseloff und 50 % sagen, dass sie eher unzufrieden sind. ... Und man muss natürlich an dieser Stelle auch bedenken, dass sich 33% der Befragten gar nicht geäußert haben, was immerhin mehr als 300 Befragten entspricht.“* Der Hinweis darauf, dass die 33 % der untersuchten Stichprobe in Zahlen ausgedrückt *„mehr als 300 Befragten entspricht“*, ist an dieser Stelle ziemlich unerheblich, außer, dass es womöglich dazu beiträgt, Verwirrung zu stiften: Wer sind denn nun die **„Befragten“**? Im letzten Teil des Zitats werden ja auch diejenigen zu den **„Befragten“** gerechnet, die eine Antwort verweigert haben. Wenn von allen **„Befragten“** (100 %) also nur 67 % (= 100 % - 33 %) überhaupt geantwortet haben, dann haben auch faktisch nur 67 % von den 45 % = 24,15 % ihre Zufriedenheit mit der Regierung zum Ausdruck gebracht. Also: Fakt ist, dass lediglich **ca. 24 % der „Befragten“** sich zufrieden gezeigt haben mit der schwarz-roten Landesregierung, und NICHT **„45 % der Befragten“**, wie jedenfalls Stefan Bernschein – womöglich unter direktem Bezug auf Infratest Dimap – uns weismachen möchte. Wenn das keine Manipulation ist?!

In kritischen Reaktionen von Zuschauer/inne/n werden also womöglich lediglich selbstgefällige Deutungen von irgendwelchen Statistiken in Frage gestellt, und Frau Heyde macht – unter Mithilfe von Herrn Bernschein – daraus ein Negieren von *„repräsentativem Zahlenmaterial“*, eine Nicht-Relevanz von *„Fakten“*. Da fragt man sich, ob nicht hier – in einer Sendung wie *„Fakt ist ...“* – ein solcher bedauerlicher Fall vorliegt, in dem Fakten keine Relevanz mehr haben.

Überhaupt scheint es in dieser Sendung weniger um die Aufdeckung von Tatsachen zu gehen, sondern um das Verschleiern und Bemänteln von Missständen. Nehmen wir den Fall Thiesies (ab ca. 18:18): In dem kurzen Filmbeitrag wird dargestellt, dass Herr Thiesies sich in der Betreuung von Kindern engagiert. Es wird erwähnt, dass es an Unterstützung und Geld fehlt, dass er am Ende seiner Kräfte sei. Und dass er seit 16 Jahren nicht mehr zur Wahl gehe, weil sich aus seiner Sicht nichts ändere – ob er diese oder jene Partei wähle. Für die genaueren Hintergründe, konkreten Erfahrungen von Herrn Thiesies scheint in dem Beitrag der *„Fakt ist ...“*-Redaktion kein Platz zu sein. Damit wird Raum geschaffen für Frau Lorenz, sich über ihn zu empören: *„Ja, man kann ja die Gegenfrage stellen, wie soll denn die Politik wissen, was er überhaupt will, wenn er sich nicht äußert. Die einfachste Möglichkeit ist sicherlich, zu wählen. Auf jeden Fall kann er damit mehr ausdrücken, als nicht zu wählen. ... Ich würde mir nicht die Deutungshoheit über meine Stimme nehmen lassen, indem ich sie einfach nicht abgebe. Und es gibt ja die Möglichkeit, neben der reinen Stimmenabgabe sich zu engagieren. Er macht es ja. Aber warum*

*nicht politisch? Warum diese Angst vor den Parteien, dass man sich dort engagiert? Er könnte doch das über die Parteien, durch die Parteien von unten nach oben sein Anliegen transportieren.*“ Ohne irgendwelche Fakten über die bisherigen Leidens- und Frustrationserfahrungen von Herrn Thiesies zu kennen, kommt Frau Lorenz zu der Empfehlung, sich doch in einer Partei – wohl am besten in einer von den Etablierten – zu engagieren. Von der Moderation wird nichts unternommen, um Herrn Thiesies gegen diese Attacke, gegen die er sich selbst nicht wehren kann, irgendwie in Schutz zu nehmen.

Dass Werner Peters genau diesen von Frau Lorenz anempfohlenen Weg durch eine Partei – die CDU – über lange Jahre beschritten hatte, bevor er die „Partei der Nichtwähler“ gründete, das hat er leider in der Sendung selbst nicht ausführlicher dargestellt. Nachzulesen ist es z.B. in einem STERN-Artikel vom 09.06.2009 (z.B. unter <http://www.stern.de/politik/wahl/werner-peters-ein-politiker-wird-wahlverweigerer-3811772.html>). Aber Menschen wie Frau Lorenz, die offensichtlich bestrebt sind, in diesem Polit-Netzwerk Karriere zu machen, werden wohl, wie in dem STERN-Artikel für den jungen Herrn Schäuble beschrieben, besser daran tun, das Vorliegen von irgendwelchen Problemen im System heftig abzustreiten.

Ein weiteres Beispiel für die Verschleierung von Fakten bietet die Frage an den Alterspräsidenten des Landtags von Sachsen-Anhalt, Herrn Steinecke, zur Freiheit des Abgeordneten angesichts von Koalitionsvertrag und Fraktionsdisziplin. Wie kann man denn von Demokratie reden, wenn ein paar Parteivorsitzende einen Koalitionsvertrag aushandeln, der dann Punkt für Punkt im Parlament – per Fraktionsdisziplin – über vier Jahre hinweg abgearbeitet wird? Die Moderatorin (ab ca. 25:40): *„Wie macht's man denn jetzt wem eigentlich recht, Herr Steinecke? Ist jetzt Fraktionsdisziplin richtig, oder 'ne offene Debatte?“* Steinecke – ganz jovial: *„**Letztendlich ist ja der Abgeordnete frei in seinen Entscheidungen.**“* Werner lacht und kommentiert: *„Ach, das ist ja interessant.“* Die Moderatorin strahlt dabei übers ganze Gesicht. Nach einem kurzen Satz zu Werner setzt er dann fort: *„Aber ich sage, wir haben natürlich die freie Wahl.“* Bis hierher ging's um die „freie Wahl“ des Abgeordneten. Und dann kommt ein Schwenk, unmittelbar anschließend: *„Wir haben auch die Freiheit, nicht zu wählen.“* Es folgen ausschweifende Erklärungen zum Nichtwählen bzw. zu Steineckes Umfragen unter normalen Bürger/nne/n. Ein Muster-Beispiel dafür, wie sich Politiker mit ihrer antrainierten Geschwätzigkeit mit Leichtigkeit aus unangenehmen Fragen herauswinden. Der Frage, was aus einer Demokratie wird, wenn die einzelnen Abgeordneten massiv unter Druck gesetzt werden, z.B. bei der Abstimmung über das Rettungspaket für Griechenland auf Parteilinie zu bleiben, wird einfach ausgewichen. Ein Grund mehr, sich von Politikern wie Herrn Steinecke betrogen zu fühlen. Auf drängende Fragen wird einfach keine Antwort gegeben. Und die Moderatorin lässt ihm dies unbeanstandet durchgehen.

Und so plätschert die Debatte munter und seicht vor sich hin. Man verweist auf die Möglichkeit von direkter Demokratie, Volksbegehren und Petitionen, Bürgersprechstunden und Bürgerinitiativen, Tag der offenen Tür bei den Abgeordneten, auch darauf, dass das Wahlrecht auf kommunaler Ebene inzwischen schon für 16-Jährige gelte, dass politische Bildung „überall“ stattfinde. Hier ist dann der Punkt, den ich ganz am Anfang benannt hatte, aus meiner Sicht eine der wesentlichsten Passagen des ganzen Beitrags:

Ironisch greift Werner das Geplänkel auf (ab ca. 38:20): *„Dann ist ja alles wunderbar! Dann braucht das Thema – mangelnde Wahlbeteiligung – ja gar nicht weiter diskutiert zu werden. Es ist doch alles wunderbar: Die Bürger engagieren sich ehrenamtlich, machen Petitionen, und so weiter ... Ja, und dann brauchen sie auch nicht zur Wahl zu gehen. Ist doch wunderbar. Ich dachte, das wär' das Thema heute, warum die Leute nicht zur Wahl gehen? Das ist das entscheidende Thema. Sie gehen aus bestimmten Gründen nicht zur*

*Wahl, und zwar deswegen, weil sie das Gefühl haben, dass dieses politische System nicht funktioniert. [An Heyde:] Sie haben da Beispiele genannt, die finde ich, das ist nicht so wahnsinnig wichtig, diese kleinen Skandalchen [Guttenberg, Wulf, Edathy], das ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, dass sich die Regierung – wir haben jetzt zweimal 'ne große Koalition gehabt, wir haben Riesen-Probleme in diesem Land, die Schere zwischen Arm und Reich, die sich hier auftut, der ungeheure Einfluss, den die Wirtschaft auf die Politik hat, all diese Dinge ... die werden überhaupt nicht angegriffen, die Frage der Altersarmut. Ich weiß nicht. Tausend andere Dinge. Richtige Reformen hat weder die große Koalition von damals, noch die jetzige irgendwie angepackt, sondern man verwaltet im Grunde genommen das Elend.“*

Hier trifft Werner im Grunde genau das, was auch eine weitere Internet-Umfrage des Senders, die dann präsentiert wird, zum Ausdruck bringt: Auf die 5 alternativ zur Auswahl stehenden Fragen, worum sich die Landesregierung an erster Stelle kümmern müsste, steht an erster Stelle:

*„Für soziale Gerechtigkeit sorgen“!*

Für die „Partei der Nichtwähler“ steht dabei gar nicht im Vordergrund, irgendwelche inhaltlichen Forderungen zu stellen, sondern konsequent an politisch-demokratischen Strukturen zu arbeiten, die das Modell einer „Volksherrschaft“ wirklich ernst nehmen und z.B. der Selbstbedienungsmentalität von dekadenten Parteien bzw. von skrupellosen Partei-Funktionären strikt Einhalt gebieten. Es muss dafür gesorgt werden, dass – unbelastet durch Lobbyisten-Manöver – eine Gesetzgebung eingerichtet wird, die tatsächlich dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Es darf nicht sein, dass die etablierten Parteien fast aller Schattierung sich gänzlich den Sonderinteressen derjenigen andienen, die schon längst übermäßig Reichtum und Macht angesammelt und auf sich vereinigt haben.

Zum Abschluss noch ein Kompliment an Vera Wolfskämpf, die sich – neben Werner Peters – wirklich redlich bemüht hatte, den konkreten Verdruss der Bevölkerung über die bestehenden Verhältnisse ernsthaft zum Thema zu machen! Man kann nur hoffen, dass dieser Mut ihrer Karriere keinen Abbruch tut.



Klaus Schlagmann  
(Vorsitzender der Partei der Nichtwähler)